



Bericht zur Sitzung des Gesamtkirchengemeinderats am 15.06.2021

Im Mai wurde per Umlaufverfahren eine Testpflicht für Beschäftigte und Kinder in den katholischen Kindergärten beschlossen. Inzwischen ist diese analog zum Beschluss der Stadt wieder aufgehoben.

Der Kirchengemeinderat St. Bonifatius gab bekannt, dass bedingt durch das Ausscheiden von Daniel Commer aus dem KGR Martina Meinert als Stellvertreterin für Rainer Bolsinger im Gesamtkirchengemeinderat und im Geschäftsführenden Ausschuss gewählt wurde.

Zur Feststellung der Jahresrechnung gab Kirchenpfleger Jochen Breitweg bekannt, dass im Haushaltsjahr 2019 trotz sinkender Katholikenzahlen eine Zuführungsrate von knapp 500.000 Euro verzeichnet wurde, was vor allem auf die gute konjunkturelle Entwicklung zurückzuführen ist. Die Jahresrechnung wurde wie vorgestellt beschlossen.

Per Beschluss wurde auch der Haushaltsplan der Katholischen Gesamtkirchengemeinde für die Jahre 2021 und 2022 verabschiedet. Im Verwaltungshaushalt wird der überwiegende Teil der laufenden Kosten für die Personalkosten der katholischen Kindergärten aufgewandt.

Bezüglich der Voruntersuchung zur Renovierung der Kirche St. Bonifatius stimmte das Gremium dafür, auf der Grundlage des vorgelegten Finanzierungsplans bei der Diözese den Antrag auf Bezugsschussung aus dem diözesanen Ausgleichsstock zu stellen.

Diskutiert wurden verschiedene Möglichkeiten, das Schwesternhaus als Altenwohnsitz für die Untermarchtaler Schwestern zu ertüchtigen. Das Gremium gab dem Katholischen Verwaltungszentrum den Auftrag, konkrete Angebote für einen Treppenlift, den Ausbau eines Zimmers und einen Architektenvorschlag einzuholen und für einen Beschluss vorzubereiten. Gleichzeitig wird Pfarrer Sedlmeier ein Gespräch mit den Schwestern führen, um deren Vorstellungen einzubringen.

Es wurde beschlossen, den störanfälligen Kopierer im Pfarrbüro durch ein Neugerät zu ersetzen.

Im nichtöffentlichen Sitzungsteil wurde beschlossen, das bestehende zinslose Darlehen der Katholischen Gesamtkirchengemeinde an die Katholische Sozialstation um zehn Jahre zu verlängern.

Anne Henze